Bezugspreis: Monatlich in Neuenbürg ℳ 1.50. Durch die Post im Orts- und Oberamtsverkehr, sowie im sonst. inl. Verk. ℳ 1.56 m. Postbestellgeb. Preise freibl. Preis einer Nummer 10 ₰.
In Fällen höh. Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung od. auf Rückerstattung des Bezugspreises.
Bestellungen nehmen alle Poststellen, sowie Agenturen u. Austrägerinnen jederzeit entgegen.
Fernsprecher Nr. 4.
Ober-Konto Nr. 24 O.A.-Sparkasse Neuenbürg.

Der Enztäler.

Anzeiger für das Enztal und Umgebung.

Amtsblatt für den Oberamtsbezirk Neuenbürg.

Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.
Druck und Verlag der C. Meeh'schen Buchdruckerei (Inhaber D. Strom). Für die Schriftleitung verantwortlich D. Strom in Neuenbürg.

Anzeigenpreis: Die einspaltige Petitzeile oder deren Raum 25 ₰, Reklame-Zeile 80 ₰. Kollektiv-Anzeigen 100 Proz. Zuschlag. Offerte und Auskunfterteilung 20 ₰. Bei größeren Aufträgen Rabatt, der im Falle des Mahnverfahrens hinfällig wird, ebenso wenn Zahlung nicht innerhalb 8 Tagen nach Rechnungsdatum erfolgt. Bei Tarifänderungen treten sofort alle früh. Vereinbarungen außer Kraft.
Gerichtsstand für beide Teile: Neuenbürg.
Für tel. Aufgr. wird keine Gewähr übernommen.

№ 211. | Dienstag den 10. September 1929. | 87. Jahrgang.

Deutschland.

Kriegsbeschädigtentagung — Kundgebung — Gefallenenehrung.

Stuttgart, 8. Sept. Der 4. Verbandstag des Zentralverbands deutscher Kriegsbeschädigter und Kriegshinterbliebener nahm am Samstag seinen Fortgang. Aus den Beratungen ist folgendes hervorzuheben: Die Verbandsleitung wurde nachdrücklichst aufgefordert, bei den zuständigen Stellen darauf hinzuwirken, daß die dringendsten Notstände schnellstens durch eine 6. Novelle im Reichsversorgungsgesetz abgestellt werden. Der Verbandstag forderte weiter eine baldige Reform des Gesetzes über die Beschäftigung Schwerbeschädigter und eine Aenderung des Verfahrens in Versorgungssachen mit dem Ziel der Beschleunigung und einer stärkeren Rücksichtnahme auf die Beschädigten bei den ärztlichen Untersuchungen. Gegen die zum 1. Oktober wieder angeordneten allgemeinen Nachuntersuchungen erhebt der Verbandstag entschiedenen Einspruch, da die Verordnung notwendigerweise zu einer noch weiteren Belastung der Versorgungsgerichte führen müsse, obgleich heute schon der unhaltbare Zustand zu beklagen sei, daß noch rund 90 000 unerledigte Berufungen bei den Versorgungsgerichten lägen. Am Sonntag vormittag fand der Reichsverbandstag seinen Höhepunkt und seinen Abschluß in einer öffentlichen Kundgebung im reichgeschmückten Kuppelsaal des Kunstgebäudes, mit der eine Gefallenenehrung verbunden war. Eine große Zahl Ehrengäste war erschienen, darunter der württ. Staatspräsident Dr. Bolz, mit den Ministern Dr. Beyerle und Dr. Bazille, weiter Ministerialrat Grießmeyer als Vertreter des Reichsarbeitsministeriums und andere prominente Persönlichkeiten. Nach den Klängen des Trauermarsches von Händel hielt das Mitglied des Hauptverbandes, Georg Michel-Berlin, die Gedächtnisansprache für die Gefallenen des Weltkriegs. Es sei Aufgabe des Zentralverbands, Mahner des deutschen Volkes zur Pflichterfüllung den Opfern des Krieges gegenüber zu sein. Begrüßungsansprachen hielten der Verbandsvorsitzende Butterbrodt, Staatspräsident Dr. Bolz, Ministerialrat Grießmeyer und Bürgermeister Dr. Klein-Stuttgart. Das Hauptthema der Kundgebung „Volk, Reich und Kriegsopfer" wurde behandelt vom zweiten Verbandsvorsitzenden Buttke-Berlin und Reichstagsabgeordneter O. Thiel. Herr Buttke nahm zu dem Thema Stellung vom Standpunkt des Sozialpolitikers aus. Er führte aus, daß die im Zentralverband vereinigten Kriegsbeschädigten und Kriegshinterbliebenen vom Volk nichts Unmögliches, vom Vaterlande nichts Unbilliges erwarten, da ihnen ohnehin doch niemals ersetzt werden könne, was sie in Wahrheit durch den Krieg eingebüßt hätten. Umso nachdrücklicher müßten die Kriegsopfer verlangen, daß ihnen der Staat eine menschenwürdige, dem Kulturstand des Volkes angepaßte, ihren Opfern gerecht werdende Versorgung gewähre. Die Nation dürfe nicht die Schuld auf sich laden, den Kriegsbeschädigten und den Angehörigen der Gefallenen das Notwendige zur Sicherung ihrer Existenz und zur Förderung ihres Fortkommens zu versagen. Der Zentralverband habe die Pflicht, vom Staate und vom Volke in dieser Beziehung das Höchste für die Kriegsopfer zu verlangen, da er nicht wolle, daß der Glaube an das Recht und an die Zuverlässigkeit der Nation untergehen solle. Der Staat habe indessen seine Aufgabe den Kriegsopfern gegenüber bisher in durchaus unzureichendem Maße gelöst. Gegen ihren Willen müßten die Kriegsopfer daher fort und fort einen Kampf führen und sich zur Wehr setzen gegen die von den verschiedensten Stellen ausgehenden Versuche, ihre mühsam erstrittenen Rechte wieder zu beschneiden. Reichstagsabgeordneter Thiel-Berlin sprach zu dem Thema vom Standpunkt der Allgemeinheit. Staatspolitisch bedeute es eine unabsehbare Gefahr für die Volksmoral, wenn nicht für die Versorgung der Kriegsopfer die letzten Opfer angespannt würden. Auch für die Erhaltung eines gesunden Wehrwillens im Volke bedeute eine unzureichende Versorgung der Kriegsopfer eine große Gefahr. Die Schwierigkeit für jeden Staatsmann gegenüber den praktischen Folgerungen aus dieser Erkenntnis zugunsten einer Verbesserung des Versorgungsrechtes bestehe darin, daß das Versorgungsrecht 807 000 Kriegsbeschädigte mit 294 000 Frauen und 1 200 000 Kindern sowie 1 425 000 Witwen, Waisen und bedürftigen Kriegervätern und -Müttern zu betreuen habe, wodurch bei den gegenwärtigen Unterstützungssätzen einschließlich der Bezüge der Kapitulanten und der Offiziersversorgung bereits ein Aufwand von 1 671,7 Millionen RM. erforderlich sei. An der Verwirklichung der vom Zentralverband deutscher Kriegsbeschädigter und Kriegshinterbliebener gesteckten Ziele zu arbeiten, sei nationale Pflicht des ganzen deutschen Volkes. Den Ausführungen der beiden Redner folgte anhaltender stürmischer Beifall. Mit einem Schlußwort des ersten Vorsitzenden des Landesverbands Württemberg, Landtagsabgeordneten Hartmann-Stuttgart und dem gemeinsamen Gesang des Deutschlandliedes wurde die Kundgebung geschlossen.

Ergebnislose Verhandlungen in der rheinischen Braunkohlenindustrie.

Köln, 8. Sept. In der gestrigen Aussprache zwischen den Arbeitgeber- und Arbeitnehmer-Vertretern in der rheinischen Braunkohlenindustrie wurde von letzteren eine Reihe von Forderungen überreicht, u. a. Einführung des Achtstundentages einschließlich einer Pause von 20 Minuten ab 1. Oktober, Lohnerhöhung der Bauer und Handwerker von 97 Pfg. auf 1.15 Mark pro Stunde, Erhöhung des Stundenlohns aller sonstigen Arbeiter über 20 Jahre von 84 Pfg. auf 1 Mark. Die Forderungen der Arbeitnehmer wurden von Arbeitgeberseite abgelehnt und es wurde der Gegenvorschlag gemacht, die zur Zeit gültige Arbeitszeit und Lohnregelung bis 1. April 1930 zu verlängern. Die Arbeitnehmervertreter lehnten diesen Gegenvorschlag ab und hielten an ihren Forderungen fest. Da bei dieser Sachlage eine Einigung ausgeschlossen erschien, wurden die Verhandlungen als ergebnislos abgebrochen.

Einweihung des Hindenburgadlers auf Helgoland.

Helgoland, 9. Sept. Am Sonntag nachmittag wurde in Anwesenheit von Vertretern des Reiches und Preußens der vom Norddeutschen Lloyd und dem Seebäderdienst der Hapag gestiftete Hindenburg-Adler enthüllt. Geheimrat Stimming, der Generaldirektor des Norddeutschen Lloyd, würdigte Hindenburgs Persönlichkeit als Führer der Schlachten im Weltkrieg und als Führer des heutigen Tages. Mit seinem Wahlspruch „Ich dien'" solle er Vorbild sein für alle Deutschen, die an der Wiederherstellung und Wiedergefundung des Deutschen Reiches mitarbeiten wollten.

Ausland.

London, 9. Sept. Ein Araber- und ein Zionistenführer sagten in einem Interview aus, daß die Ruhe in Palästina solange nicht hergestellt werden könne, bis nicht grundsätzliche Entscheidungen getroffen seien.

Für den Anschluß.

Wien, 9. Sept. Der Parteivorstand der Großdeutschen Volkspartei veröffentlicht zur zehnten Wiederkehr des Tages von Saint Germain am 10. September einen Aufruf, in dem erklärt wird, daß die nationalfühlenden Kreise den genannten Frieden nicht anerkannten und ihm nur zustimmten in der Ueberzeugung, daß die Eingliederung Oesterreichs in das deutsche Vaterland und Wirtschaftsgebiet eine bessere Zukunft und Wirtschaftsgesundung verheiße. Es sei der nationale Sinn des Wiederaufbauwerks in Oesterreich gewesen, Oesterreich so lange als Ganzes zu erhalten, bis der Anschluß an das deutsche Mutterland vollzogen werden kann. Nun hält die Großdeutsche Volkspartei nach Durchführung der staatsfinanziellen Sanierung den Augenblick für gekommen, auch die Verfassung auf eine verläßliche, staatliche Exekutive umzubauen, damit der wirtschaftliche, soziale und kulturelle Fortschritt gewährleistet und zugleich die zukünftige staatsrechtliche Angleichung Oesterreichs an das Deutsche Reich ohne Schwierigkeiten ermöglicht werde.

Zwei Anschläge in Lemberg.

Warschau, 9. Sept. Als der polnische Handelsminister Kwiatkowski am Samstag gegen 15 Uhr im Auto von der Eröffnung der Lemberger Ostmesse zurückkehrte und durch die Poniatowskistraße fuhr, explodierte in den Händen eines auf dem Bürgersteig stehenden jungen Mannes ein Paket mit Sprengstoff. Es handelt sich um einen ukrainischen Schüler. Die polnische Presse glaubt, daß ein Anschlag auf den Handelsminister beabsichtigt war. Kurz nach 21 Uhr wurde eine Bombe durch das offene Fenster in das Direktionsbüro der Lemberger Messe geworfen. Sie explodierte in einem Raum neben der Kasse und richtete schwere Verwüstungen an, wobei die Hauptkassiererin schwere Verletzungen erlitt, während drei Beamte leicht verletzt wurden. Unter den Besuchern der Messe entstand eine Panik. Die sofort eingeleitete Untersuchung verlief ergebnislos, da der Täter im Schutz der Dunkelheit leicht entkommen konnte.

Französische Marnefeier.

Paris, 8. Sept. Der fünfzehnte Jahrestag der Marneschlacht wurde heute in Meaux, dem westlichsten Punkt vor den Toren von Paris, den die Kavallerie der Armee Kluck 1914 erreicht hatte, festlich begangen. Seit dem frühen Morgen herrschte ein reges Festleben in dieser kleinen Provinzstadt. Denn eine große Zahl ehemaliger Frontkämpfer, Offiziere und Politiker hatten sich zu dieser patriotischen Feier eingefunden. Unter den Ehrengästen befand sich eine Anzahl Vertreter der ehemaligen Alliierten. Den Vorsitz bei dem Festbankett führte der Generalstabschef Debeney. Dagegen war diesmal ein Regierungsvertreter nicht anwesend. Der Pensionsminister Antérion hatte zwar sein Erscheinen zugesagt, er entschuldigte sich jedoch in letzter Stunde mit einem Ischiasanfall und blieb der Festveranstaltung fern. Vielleicht war sein Hüftweh zum Teil politischer Natur. Tatsächlich hätte es einen sehr peinlichen Eindruck gemacht, wenn ein Mitglied des Kabinetts Briand an dieser hochpatriotischen Kundgebung teilgenommen und eine entsprechende Festrede gehalten hätte, während der Chef der Regierung in Genf die Gründung einer europäischen Staatenföderation empfiehlt. In französischen Rechtskreisen gibt natürlich diese Schlachtenfeier eine erwünschte Gelegenheit für eine intensive Propaganda für die Sicherheitsforderungen, mit denen man die Abrüstung auf lange Sicht verschieben will. Die Völker, die vor fünfzehn Jahren Opfer des „verbrecherischen Angriffs" Deutschlands geworden sind, so wird verkündigt, hätten die Pflicht, sich vor neuen Ueberfällen zu schützen und deshalb könne Frankreich nur dann zur Abrüstung schreiten, wenn diese Sicherheit und die Einhaltung der bestehenden Verträge garantiert sei. Besonders der offiziöse „Temps" macht sich heute zum Anwalt dieser französischen Sicherheitsforderungen. Erst wenn die Völker die Gewißheit hätten, meint das Blatt, daß die Neuordnung in Europa sich in einem durch die Friedensverträge geschaffenen Recht verankere und die Wacht künftig im Dienste dieses Rechtes stehen könnte, sei wirklich an einen Frieden zu glauben. Das Schlimmste wäre heute, wenn man einen Frieden auf leere Worte gründen wollte, ohne ihm feste Sicherungsfundamente zu geben und ohne imstande zu sein, die Rechtsverbrecher hart zu bestrafen. Man erkennt deutlich in diesen Ausführungen des „Temps" die Nachklänge der Genfer Rede Briands und wird dadurch unwillkürlich daran erinnert, daß, obschon sein Kabinett heute an der Schlachtfeier in Meaux nicht beteiligt war, es an demselben Strick zieht wie die Haß und Mißtrauen ausstreuenden Nationalisten. Freilich ist es sehr unwahrscheinlich, daß es ihm auf diese Weise gelingen wird, seiner Idee einer europäischen Staatenföderation Leben einzuhauchen.

Eckener über den Transatlantik-Verkehr.

Newyork, 8. Sept. Kurz vor seiner Abfahrt am Samstag gab Dr. Eckener den Pressevertretern noch ein Interview, worin er sich von seinen amerikanischen Verhandlungen überaus befriedigt erklärte. Er sei zum erstenmal auf ein ernsthaftes Interesse der amerikanischen Finanzwelt gestoßen. Falls es zur Finanzierung des atlantischen Projekts kommen würde, würden in dem Gründungskonsortium neben deutschen auch eine größere Zahl von amerikanischen Banken vertreten sein. Nach seiner Ankunft in Deutschland wird Dr. Eckener sofort mit der Hapag, dem Norddeutschen Lloyd und deutschen Finanzgruppen, vor allem der Danatbank und der Diskonto-Gesellschaft, Verhandlungen aufnehmen. Die erste atlantische Linie wird mit mindestens vier Luftschiffen in Betrieb genommen werden. Mit den vier Luftschiffen, die eine Geschwindigkeit von 130 Stundenkilometern haben sollen, könnte ein Turnus von viertägigen Abfahrtszeiten aufrechterhalten werden. Jedes Luftschiff könnte 24 Passagiere, 10 Tonnen Post und 30 Tonnen Expreßfracht befördern. Zur Durchführung dieses Projektes wäre ein Kapital von 15 Millionen Dollar erforderlich. Entscheidend für die Rentabilität wäre der langfristige Abschluß europäischer und amerikanischer Postkontrakte.

Eine Schlacht in der Mandschurei.

London, 9. Sept. Zum ersten Mal seit dem Ausbruch des russisch-chinesischen Konflikts ist es in der Mandschurei zu einer regelrechten Schlacht gekommen, die an Intensität die bisherigen Grenzgefechte weit in den Schatten stellt. Die „Times" erhält darüber von ihrem Korrespondenten aus Mukden einen Bericht, dem zu entnehmen ist, daß die russischen Streitkräfte an den beiden Grenzpunkten der chinesischen Ostbahn mit Kavallerie, Artillerie und Infanterie fortgesetzt Angriffe unternommen haben. Die ersten Attacken fanden bei Mandschuli und dem benachbarten Ort Dalai Nor statt. Die chinesische Linie wurde stundenlang unter schweres Trommelfeuer genommen, worauf wiederholt Kavallerieangriffe folgten. Auf beiden Seiten sollen die Verluste sehr groß gewesen sein, doch mußten sich die Russen schließlich unverrichteter Sache zurückziehen. Mehr Erfolg hatten sie bei den östlichen Angriffsstellen Pogranitschnaja und Tunging. Dabei soll die Situation der chinesischen Truppen kritisch sein.

Russische Flugzeuge werfen Bomben ab.

Charbin, 9. Sept. Fünf russische Flugzeuge haben die chinesische Grenzstadt Pogranitschnaja mit Bomben angegriffen und das Bahnhofsgebäude in Trümmer gelegt. 30 Chinesen wurden verwundet. Der Bevölkerung bemächtigte sich eine Panik. Auch über Mandschuria an der Westgrenze der Mandschurei traten wieder russische Flugzeuge in Aktion und warfen Leuchtbomben ab. An der ganzen Grenze macht sich gesteigerte Unruhe bemerkbar.

Aus Stadt und Bezirk.

(Wetterbericht.) Unter dem Einfluß des mitteleuropäischen Hochdrucks ist für Mittwoch und Donnerstag immer noch vorwiegend heiteres und trockenes Wetter zu erwarten.

Wildbad, 8. Sept. Dr. Karl Dietz-Höchst a. M. und Frau E. Lamprecht-Stettin, die hier zur Kur weilten, erlitten bei einer Autofahrt über Baden bis nach den Höhen hinter Malsch im Oostal einen schweren Unfall. Der Wagen geriet auf der unteren steilen Strecke der Rennbahn des Automobilturniers ins Schleudern, wurde über die Böschung hinausgetragen, überschlug sich mehrmals, prallte gegen einen Apfelbaum und bohrte sich mit dem Kühler in den Boden. Der Fahrer wurde herausgeschleudert. Er erlitt einen Beckenbruch und mußte ins Krankenhaus transportiert werden. Frau Lamprecht wurde auf der Stelle getötet.

Gaupressewarte-Tagung des Turnkreises Schwaben in Stuttgart.

Dieselbe begann Samstag nachmittag 4 Uhr im Eugen-Restaurant. Kreispressewart Schöberl konnte fast sämtliche Gaupressewarte zu Beginn der Tagung begrüßen und in seinem Bericht ein stetiges Vorwärtsschreiten unserer Turnpresse konstatieren. Die Berichte der Gaupressewarte sind so ziemlich alle schriftlich eingegangen, so daß sich dieselben nur noch auf kurze mündliche Ergänzungen beschränken konnten. Ueber die Berichterstattung in den Tages- und Fachblättern selbst wurde eine lebhafte Aussprache gepflogen, in welcher besonders das Verhalten der Zentrumsblätter wie auch der Tel-Union, die jede Berichterstattung in turnerischer Beziehung ablehnen, einer berechtigten Kritik unterzogen wurde. Die im vorigen Jahr geschaffene Kreisspielpressestelle soll nach Möglichkeit in eine Kreispressestelle ausgebaut werden. Verschiedene Anregungen und Wünsche sollen dem Kreisausschuß zur Befürwortung unterbreitet werden. Nach sechsstündiger Tagung wurde abgebrochen und dieselbe am Sonntag vormittag 8 Uhr im großen Konferenzsaal des Stuttgarter Tagblattturmes (15. Stock) fortgesetzt. Schon die herrlichen Räume in luftiger Höhe, der großartige Ausblick über die Residenz übten auf die Tagung eine bezaubernde Wirkung aus. Dieser Tagung wohnte auch der Vorsitzende des Vereins Deutscher Turnpresse, Turnbruder Winter-Leipzig, bei, ebenso hatten sich der 1. und 2. Kreisvertreter Hegele und Dr. Obermeyer, Kreiskassenwart Ramsler und Kreisoberturnwart Rupp eingefunden. Nach weiterer Begrüßung durch Kreispressewart Schöberl und Kreisvertreter Hegele, welch letzterer der Tätig-

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw

keit der Gaupressewarte volles Lob zollte, wurde weiter in die Tagesordnung eingetreten. Im Mittelpunkt derselben standen einige zeitgemäße Vorträge, die sämtlich großen Beifall fanden. Turnbruder Winter-Leipzig sprach über „Die verbandspolitischen Aufgaben der Deutschen Turnpresse", Sportschriftleiter Tschorn vom Stuttgarter Neuen Tagblatt über „Tagespresse und Deutsche Turnerschaft", Kreispressewart Schöberl über „Wege, Ziele und Aufgaben der Pressewarte" und Kreisoberturnwart Rupp gab noch einige wichtige Erläuterungen über das Verhältnis der Fachwarte zum Pressewart und betonte besonders, daß letztere zu allen Tagungen der Fachwarte zugezogen werden sollen!! Eine Aenderung in der Erscheinungsweise des Kreisblattes ist zur Zeit aus technischen Gründen nicht möglich. Die übrigen Punkte wurden rasch erledigt und so konnte Kreispressewart Schöberl mit großer Befriedigung die interessant verlaufene Tagung um 1 Uhr schließen. Zu erwähnen ist noch, daß vor Beginn der Tagung eine Besichtigung der kleinen Presse auf der Plattform vorausging, die allgemeines Interesse erweckte. In der heiß umstrittenen Frage des Festortes des nächsten Deutschen Turnfestes (Stuttgart oder Breslau) soll sofort eine erhöhte Werbetätigkeit einsetzen, bei welcher sämtliche Schriftleiter der Stuttgarter Tageszeitungen mitwirken sollen. Sch.

Württemberg.

Mindersbach OA. Nagold, 9. Sept. (Tödlicher Unfall.) In der Nacht auf Montag wurde der 24 Jahre alte Christian Holzäpfel von einigen Radfahrern ein Kilometer nach Wart in der Richtung Gaugenwald an einem Telegraphenmast tot aufgefunden. Sein Motorrad lag neben ihm.

Freudenstadt, 9. Sept. (Schultheiß Armbruster von Reinerzau tödlich verunglückt.) Am Samstag vormittag kam Schultheiß Armbruster mit seinem Kleinkraftrad von Oedenwald her und traf in einer Kurve mit dem Danomag des Fetthändlers Haisch von Freudenstadt zusammen. Haisch hielt die rechte Fahrbahn inne, während Armbruster die Kurve schneiden wollte. Armbruster fuhr mit großer Wucht auf den Danomag des Haisch auf und erlitt eine Schnittwunde am Schädel und einen Schädelbruch. Armbruster war sofort tot. Haisch mit einem Insassen erlitten keinerlei Verletzungen. Der Danomag und das Kleinkraftrad wurden vollständig zertrümmert.

Stuttgart, 9. Sept. (Verleihung der Rettungsmedaille.) Der Staatspräsident hat dem Bahnhofrestaurateur Hans Bahle in Ellwangen, dem Reichsbahnoberinspektor Albert Brucker in Fellbach, dem Fräulein Johanna Morlock in Leonberg und der Frau Maria Singer in Ellwangen die Rettungsmedaille verliehen.

Vaihingen a. F., 9. Sept. (Nach der Wahl das Examen.) Bei der gestrigen Ortsvorsteherwahl ist, wie schon gemeldet, der 29 Jahre alte Ratschreiber Heller von hier mit zwei Drittel Mehrheit zum Schultheißen gewählt worden. Der neugewählte Schultheiß wird, wie der „Filder-Bote" berichtet, nun demnächst ins Examen steigen, um die auch im Wahlkampf allerdings eine zweifelhafte Rolle spielende Staatsprüfung zu machen.

Gemmrigheim, OA. Besigheim, 9. Sept. (Ueberraschende Zahlungseinstellung.) Die Gemmrigheimer Papierfabrik von Maiteihuber u. Co. hat ihren Gläubigern mitgeteilt, daß sie wegen Zahlungsschwierigkeiten die Zahlungen einstellen müsse. Umstellungsmaßnahmen zwecks rationelleren Betriebs hätten die Voranschläge um ein Wesentliches überschritten. Ein gerichtlicher Vergleich wird angestrebt. Wenn dieser nicht zustandekommt, bleibt nur noch der Konkurs übrig. Bekanntlich wurde das Kirchheimer Werk schon vor einigen Jahren stillgelegt. Auch der Wehrumbau mit Unschädlichmachung der Felsen im Neckarbett verschlang riesige Summen. Wie das „Neckarecho" hört, beabsichtigen die Linoleumwerke den Aufkauf der Fabrik. Unter den Leidtragenden befinden sich neben den Arbeitern vor allem auch zahlreiche Gewerbetreibende des Bezirks als Gläubiger.

Heilbronn, 9. Sept. (Allgemeiner Herbstfeier.) Die allgemeine Herbstfeier der vereinigten Vereine unter Führung der Weingärtnergesellschaften auf der Cäcilienwiese am Samstag war ein voller Erfolg. Es sind im ganzen 11 Eimer Weiß- und Rotwein, das sind 2000 Liter Wein ausgeschenkt worden. Die Besucherzahl dürfte 4000 überschritten haben. Daraus geht hervor, daß die Bürgerschaft an der Tradition des allgemeinen Herbstes auf der Cäcilienwiese festhalten will. Bemängelt wurde nur, daß das Ende (½ 11 Uhr) zu früh gelegt worden ist.

Reutlingen, 9. Sept. (Zusammenstoß mit Todesfolge.) Gestern nachmittag fuhr Ecke Kaiserstraße und Planie ein Motorradfahrer aus Feuerbach auf einen Anhängerwagen des Zirkus Sarrasani auf. Die auf dem Soziussitz mitfahrende Ehefrau des Kraftfahrers wurde auf die Straße geschleudert und starb auf dem Wege zum Krankenhaus. Das Motorrad wurde stark beschädigt.

Rottweil, 9. Sept. (Die Geliebte ertränkt.) Die seit Sonntag, 1. September, vermißte Fabrikarbeiterin Frieda Duffner von Deißlingen bei Rottweil wurde gestern als Leiche in der Eschach aufgefunden. Der Arbeiter August Kramer von Deißlingen, der mit ihr ein Verhältnis unterhielt, das nicht ohne Folgen blieb, legte das Geständnis ab, die Genannte in der Eschach ertränkt zu haben. Er wurde sofort verhaftet.

Ulm, 9. Sept. (Auf de schwäbische Eisebahna.) Der poetische Reiz unserer schwäbischen Eisenbahn ist Gott sei Dank noch nicht verloren gegangen. Es ist in letzter Zeit in unserem Schwabenlande schon vorgekommen, daß die Lokomotive einer Nebenbahn von einem Fordwagen über den Haufen gefahren worden ist; ein andermal ging der Zug ohne die Reisenden davon, die Sperre war nicht geöffnet worden. Das drittemal durchfuhr ein Personenzug kurzum eine Bahnstation, merkte den Fehler zu spät, hielt, fuhr zurück und lud seine Leute aus. An einem der letzten Tage passierte wieder etwas Ergötzliches. Es war auf einem Bahnhof bei Ulm auf der Linie nach Friedrichshafen. Der Triebwagen sollte jeden Augenblick eintreffen und ein einziger Fahrgast wartete sehnsüchtig auf das Verkehrsmittel. Aber nichts rührte sich. Das Signal blieb geschlossen und die Schranken blieben offen. Der Bahnhof lag in tiefer, tiefer Ruhe. Dazu brannte die heiße Sommersonne vom Himmel. Es war wie in der Wüste Sahara. Da plötzlich ertönte aus der Stille die Stimme des Löwen: „Wollen Sie nach Ulm?" Diesen hochdeutsch gesprochenen Worten folgte auf ein „Ja" das gemütliche Schwäbisch: „No Fräulein, ganget se no holm. Dr Triebwage kommt heut net, der isch verreckt!"

Vermischtes.

Schweres Autounglück in Bayern. In der Nacht zum Sonntag ereignete sich bei Mindelheim ein furchtbares Autounglück. In einem Auto, das 2 Wiener Herren gehörte, die erst vor 10 Tagen einen Unfall erlitten hatten, befanden sich neben dem Chauffeur 2 Brüder Fähnle sowie der Fabrikantensohn Remmele aus Mindelheim. Aus unbekannter Ursache prallte der Wagen plötzlich gegen einen Baum, wobei alle 4 Insassen herausgeschleudert wurden. Die beiden Brüder Fähnle erlitten schwere Schädelbrüche, Gliederbrüche und waren sofort tot. Mit schweren inneren Verletzungen wurde der Chauffeur ins Krankenhaus eingeliefert, während Remmele mit leichteren Verletzungen davonkam.

12 Wohnhäuser und 24 Scheunen eingeäschert. In dem zwischen Meiningen und Meilrichstadt gelegenen Dorf Stockheim brach in der Nacht zum Sonntag ein Großfeuer aus, das in wenigen Stunden trotz angestrengter Abwehrtätigkeit 12 Wohnhäuser und 24 Scheunen einäscherte. In Stockheim sollte am Sonntag die Weihe der neuen Kirchenglocken vorgenommen werden und zur Vorfeier wurde in den späten Abendstunden des Samstag ein Feuerwerk abgebrannt. Man nimmt an, daß eine Rakete das Dach einer Scheune entzündet hat. Eine Reihe von Landwirten ist durch die Brandkatastrophe obdachlos geworden.

Erziehungsanstalt niedergebrannt. Die katholische Erziehungsanstalt Martinistift in der Nähe von Appelhülsen ist am Sonntag früh ein Raub der Flammen geworden. Gegen 3 Uhr morgens entdeckte ein Lehrer der Anstalt in einem Zimmer Feuer, das sich mit großer Geschwindigkeit auf das ganze Gebäude ausbreitete. Infolge Wassermangels konnte dem Feuer nicht rechtzeitig Einhalt geboten werden. Der Brand soll dadurch entstanden sein, daß ein Fürsorgezögling vergessen hatte, ein elektrisches Bügeleisen auszuschalten. Die in der Erziehungsanstalt untergebrachten 90 Zöglinge konnten gerettet werden.

Handel, Verkehr und Volkswirtschaft.

Stuttgart, 9. Sept. (Landesproduktenbörse.) Im Laufe der vergangenen Woche waren die Auslandspreise ziemlich unverändert, das Angebot in Inlandsweizen hat etwas nachgelassen. Es notierten je 100 Kg. Auslandsweizen 28—31 (am 2. Sept. unv.), inländ. Weizen 24.75—25.25 (25—26), Roggen 20—20.50 (20.50—21), Hafer 18.25 bis 1925 (19—19.50), Wiesenheu 8—9 (7.50—8.50), Kleeheu 9.50 bis 10.50 (9—10), drahtgepreßtes Stroh 4—4.75 (unv.), Weizenmehl 40.25—40.75 (40.50—41), Brotmehl 32.25—32.75 (32.50—33), Kleie 10—10.25 (unv.) Mark.

Fritz
Schumacher
Neuenbürg, am Marktplatz
und
Pforzheim, Leopoldstr. 1.
Rabattmarken!

Größte Auswahl
in
Strickkleidern
Pullovern
Westen

Neueste Nachrichten.

Bühlerhöhe, 9. Septbr. Reichsinnenminister Severing, Reichsfinanzminister Hilferding und Reichsarbeitsminister Wissell sind heute zur Besprechung beim Reichskanzler Müller in Kurhaus Bühlerhöhe eingetroffen.

Mainz, 9. Sept. Die Polizei verhaftete im benachbarten Gemünsheim den Führer der dortigen Kommunistischen Partei, nachdem in seiner Behausung eine große Menge Sprengstoff mit Zündschnur und Sprengkapseln vorgefunden worden war. Im Hause waren bereits Sprengkapseln mit Zündschnur zur Sprengung angelegt. Der Sprengstoff soll in einem Steinbruch in der Nähe gestohlen worden sein.

Frankfurt a. M., 9. Sept. Bei der Staatsanwaltschaft erschien am Montag die Frau des vor einigen Tagen auf Grund der Selbstbezichtigung festgenommenen Josef Hett, der bekanntlich angab, den Bombenanschlag auf das Reichstagsgebäude in Berlin mit ausgeführt zu haben. Aus den Bekundungen der Frau und anderer Leute hat sich ergeben, daß Hett zurzeit des Bombenanschlags nicht in Berlin, sondern in Frankfurt gewesen ist, so daß die von der Staatsanwaltschaft von vornherein mit Skepsis aufgenommene Selbstbezichtigung sich als haltlos herausgestellt hat. Die Berliner Behörden haben an der Ueberweisung des Hett kein Interesse mehr. Hett befindet sich aber vorläufig noch in Haft, weil man sich wegen eines Betrugsfalles für ihn interessiert.

Homberg, 9. Sept. Generaldirektor Pattberg von der Zeche Rheinhelde erhielt vor einigen Tagen ein Paket, in dem sich eine lebende Taube befand. In einem Begleitschreiben wurde der Empfänger aufgefordert, 5000 Mark an der Taube zu befestigen und diese dann aufsteigen zu lassen; andernfalls würde er getötet werden. Die benachrichtigte Polizei setzte sich alsbald mit einem Piloten in Verbindung, der die Taube verfolgte. In Homberg-Hochheide hielt sich diese an einem Schlage nieder, der vom Flugzeug aus photographiert wurde. Der Taubenschlagbesitzer wurde verhaftet. Er und sein Helfershelfer sind geständig, den Erpresserbrief geschrieben zu haben.

Halle a. S., 9. Sept. In der von einer Berliner Korrespondenz verbreiteten Meldung, daß die Staatsanwaltschaft in Sachen der Durchstechereien beim Leunawerk bereits gegen 13 Personen Anklage erhoben habe und daß der Prozeß im Oktober oder November stattfinden werde, wird hier von zuständiger Stelle erklärt, daß diese Angaben nicht zutreffen. Die Voruntersuchung sei zwar nunmehr nach 1½ Jahren abgeschlossen und die Akten seien der Staatsanwaltschaft zwecks Anklageerhebung zugegangen, jedoch lasse sich bei dem Umfang des Materials in keiner Weise schon sagen, wann die Anklage fertiggestellt sein wird, noch welche Personen in das Hauptverfahren einbezogen werden dürften.

Arnstadt, 9. Septbr. Im benachbarten Apfelstädt versuchte ein 67jähriger Gastwirt durch Schüsse und Hiebe mit einem Beil seine geschiedene Frau zu töten, brachte ihr aber nur leichtere Verletzungen bei. Er schoß auch auf seinen Schwiegersohn, der das Feuer erwiderte und ihn kampfunfähig machte. Der Angreifer brachte sich darauf einen tödlichen Kopfschuß bei. Bei dem Toten wurden hundert Patronen vorgefunden. Es wird angenommen, daß er geisteskrank war.

Dresden, 9. Septbr. Der Verband der Metallindustriellen hatte gegen den Deutschen Metallarbeiterverband und dessen Dresdener Bezirksleiter Teichgräber beim Arbeitsgericht Dresden eine Schadensersatzklage auf Zahlung von mehr als zwei Millionen Mark angestrengt, weil die Metallarbeiter anläßlich des Arbeitszeitkampfes in den sächsischen Hüttenwerken Anfang 1928 gegen den für verbindlich erklärten Schiedsspruch einen Arbeitskampf geführt und damit Tarifbruch begangen hätten. Die Klage des Verbandes der Metallindustriellen wurde heute vom Arbeitsgericht Dresden kostenpflichtig abgewiesen. In der Urteilsbegründung heißt es, daß nicht der Deutsche Metallarbeiterverband, sondern nur die sächsische Bezirksleitung Dresden als Vertragsgegner in Frage komme. Teichgräber sei bei den Tarifverhandlungen nur Beisitzer gewesen.

Berlin, 9. Sept. Gegen den ehemaligen Kaufmann Josef Hett, der sich der Mittäterschaft an dem Bombenattentat bezichtigt hat, wird, laut „Voss. Ztg.", die Polizei ein Verfahren wegen groben Unfugs einleiten.

Berlin, 10. Septbr. Zwecks der Fühlungnahme der sozialdemokratischen Kabinettsmitglieder mit dem Reichskanzler in Bühlerhöhe war, den Blättern zufolge, eine Klärung der Auffassung vor allem über die Reform der Arbeitslosenversicherung herbeizuführen, da ja mit der heutigen Sitzung des Reichsrates und mit der am Donnerstag beginnenden zweiten Lesung des Arbeitslosenversicherungsgesetzes im sozialpolitischen Reichstagsausschuß ein neues entscheidendes Stadium beginnt. — Die Minister treffen heute früh wieder in Berlin ein. Reichsarbeitsminister Wissell will an der heutigen Reichsrats-Sitzung teilnehmen. Vor der Sitzung des Reichsrats findet noch eine Beratung des preußischen Kabinetts statt.

Berlin, 9. Septbr. Zu den an der Berliner Börse am Freitag und Samstag verbreitet gewesenen Gerüchten über Schwierigkeiten und Unregelmäßigkeiten bei der Geschäftsführung der Gemeinschaftsgruppe deutscher Hypothekenbanken nimmt deren Verwaltung in einer Erklärung Stellung, in der es heißt, daß bei keiner Bank der Gemeinschaftsgruppe der geringste Anlaß zu solchen Gerüchten oder Verdächtigungen besteht. Wenn solche Gerüchte mit Banken der Gemeinschaftsgruppe in Verbindung gebracht werden, so tragen sie den Charakter freier Erfindungen. Gegen die „Letzten Börsen-Jeste-

Kinder der Berge.

4 Roman von Ant. Andrea Barel.

Er gab nicht Antwort, aber er trat in die Stube und ließ sich an dem Tische nieder.

Sie schenkte ihm ein und schob ihm eine Blechdose mit Gebäck aus der eigenen Küche hin.

„Wirst a Unannehmlichkeit wegen der Entgleisung ha'm?" fragte sie, als merke sie seine herausfordernde Schweigsamkeit.

Er zuckte die Achseln.

„Nimm's nicht leicht!" sagte sie warnend. „'s könnt a Versetzung kosten, wann nit gar a schlimmere Straf'."

Er lachte kurz auf.

„Nit g'nung, wann eines in der Familien sich von Sorgen mästen tut? Was kommt, werd' ich halt auf meinen Buckel nehmen, wann's da ist."

„Freili", sagte die Frau erbittert und vergaß alle Pose. „An mich und an die Kinder denkst nimmer. Gehst deine eigene Weg, hintenum und im Dunkeln. Weit führen's halt nit von'm Eisenbahnbruck an weng durchs G'holz . . . nach dem Mauthäusl! . . ."

Klirrend setzte der Mann die Tasse aus der Hand. Er sprang in die Höhe. Seine Augen loderten. „Gibst Obacht!" rief er, und in seinen Händen, die viel zu groß für seine schmächtige Gestalt waren, zuckte es. „Ich mag nimmer, daß mir eines nachspüren tut. Ich hab a Haß auf Spionag'. Gehen tu ich, wohin's mir gefallt, und wer mir mei Weg versperren tut, den schlag ich 'nunter, hörst?"

Wie im Fluge trafen sich ihre Blicke, die des Mannes glühten vor Wut und Haß; die der Frau waren wie gefroren; aber unter der Eisoberfläche regte sich etwas dunkel und scheu, die Furcht. Nebenan in der Stube der beiden Jünglinge, saß der älteste aufrecht im Bett. „Du . . . Fred!"

Es war ein kurzes, angstvolles Flüstern.

„Was willst?" antwortete der andere schlaftrunken.

„'s gibt wiedr a Zank zwischen die Eltern. — — —"

„Freili . . . immer die Mutter!" sagte Fred verdrießlich und drehte sich nach der Wand.

„Na . . . na!" flüsterte Konrad erregt. „Die Mutter is a Opferlamm."

II.

In der Frühe des nächsten Tages, als die Brüder zur Schule gefahren waren, machte Amely sich auf, um sich nach dem Befinden des Neffen der Frau Oberförsterin zu erkundigen. Sie war einigermaßen enttäuscht, daß sie ihn am Tische sitzend fand beim Frühstück, welches er mit gutem Appetit verzehrte.

„Oach!" meinte sie verächtlich, „wann ich solch a Eisenbahnunglück gehabt hätt', ich äß' vor a paar Wochen nit a Krum."

Er schnitt ein Gesicht und brummelte etwas von einem „dummen Fratz". Amely wurde wild.

„So? Wer hat Ihna eigentlich unter die Wagen vorg'zogen? Das war halt auch a dummer Fratz. A gescheiter hätt' Ihna liegen und in Ihrem Blute ersaufen lassen."

Diese Vorstellung machte doch Eindruck auf den Primaner. Er schob seinen Teller beiseite und bot Amely einen Stuhl.

„Sei nit grantig, weißt!" lenkte er ein. „Ich werd' nimmer vergessen, was du mir getan hast. Und wann ich amal Staatsanwalt worden bin, tu ich dich mit a goldenen Rettungsmedaillen auszeichnen." Das versöhnte Amely. Sie streckte dem jungen Menschen die Hand hin. Ihre Augen funkelten vor Vergnügen. „A Mann a Wort!"

Er schlug ein und lachte sie an. Eigentlich ein sanfter kleiner Racker, diese Bahnmeisterstochter und seine Lebensretterin.

Nicht gerade erbaut von dem zeitigen Besuch fand sich die Frau Oberförsterin mit ihrer achtzehnjährigen Tochter ein, die sich sehr damenhaft und etwas von oben herab gegen Amely benahm. In den geschmacklos aufgeputzten, schon abgetragenen Morgenröcken sahen beide schlampig und ordinär aus, obgleich die Theres ein hübsches Mädchen war und die ehemalige Schönheit der Mutter noch heute im Dorf mit Recht gerühmt wurde.

„Grüß Gott, Frau Oberförsterin! Grüß Gott, Theres!" rief Amely munter. „Ich hab' halt sehen wollen, wie's Eisenbahnunglück dem Herrn Neffen bekommen ist."

Die Frau Oberförsterin faltete geziert die Hände. „Wie a Wunder ist's, daß der Erwin nicht schlimmer Schaden g'litten hat. Er g'braucht nimmer lang die Schul zu versäumen. So kurz vor der Maturität wär's a fatale Sach'."

„Jesies!" Amely war ganz Feuer und Flamme. „Vor solch a fadem Examen steht der Herr Neffe? Da kann er sich glei aufs Hängenbleiben gefaßt machen. Die meisten Schüler vom Gymnasium bleiben hängen. Nachher schießen's sich tot. Ich hab es heuer in der Zeitung gelesen."

„Was verstehst du von solche Ding!" bemerkte die Theres wegwerfend.

„Mei Fred-Bruder ist auch a Gymnasiast!" versetzte Amely stolz.

Es veranlaßte die Frau Oberförsterin, sich nach der Familie zu erkundigen. Amely wußte immer Bescheid.

(Fortsetzung folgt.)

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw

...mationen", die diese Gerüchte verbreitet hatte, sei Strafantrag bei der Staatsanwaltschaft gestellt.

Berlin, 9. Sept. In der Halle in einem Berliner Friedhof wurde in einem Zinksarg die Leiche einer Frau entdeckt, die vor 14 Jahren nach dem Kaukasus übergeführt werden sollte, aber wegen Nichtbezahlung der Transportkosten stehen geblieben und jetzt erst wieder gefunden worden ist. Der Fall erregt besonders Aufsehen, weil schon vor kurzem in gleicher Weise die Leiche eines türkischen Studenten in einem Berliner Keller gefunden wurde.

Berlin, 9. Sept. Einen schweren Uebergriff, der zur Zeit Gegenstand diplomatischer Verhandlungen ist, hat sich die italienische politische Polizei gegen zwei Berliner Damen erlaubt, die zum Sommeraufenthalt nach Abbazia gereist waren. Nachdem sie dort vier Wochen lang völlig unbehelligt gelebt hatten, wurden sie auf der Rückreise in Fiumia aus dem Zuge geholt und zuerst in das dortige Gefängnis, später in das Gefängnis Jesulto in Triest gebracht. Dort haben sie 6 Tage zwischen Diebinnen, Kindesmörderinnen und Kokainschmugglerinnen zugebracht. Ihrem dringendem Verlangen, den deutschen Konsul in Mailand zu benachrichtigen, wurde nicht entsprochen. Erst als es ihnen gelang, sich mit ihren Verwandten in Berlin in Verbindung zu setzen, konnten Schritte zu ihrer Befreiung unternommen werden. Die italienischen Behörden haben weder einen Grund für die Verhaftung angegeben, noch haben sie sich bei den Damen entschuldigt oder eine Entschädigung für die unschuldig erlittene Haft geleistet.

Pillau, 9. Sept. Das zur Hilfeleistung für den am vergangenen Sonntag in den ersten Morgenstunden untergegangenen dänischen Dampfers „Dan" ausgefahrene Linienschiff „Hessen" ist gestern nachmittag mit dem einzigen Ueberlebenden der „Dan", dem Matrosen Martin Melm, nach Pillau zurückgekehrt. Die Suche nach einem zweiten Boot mit weiteren Schiffbrüchigen ist ergebnislos verlaufen. Auch das Torpedoboot „Seeadler" kehrte wenige Stunden nach der „Hessen", ohne eine Spur von den Schiffbrüchigen gefunden zu haben, nach Pillau zurück. Der gerettete Matrose ist noch nicht vernehmungsfähig. Ein dänischer Dampfer, der am Sonntag auf der Fahrt von Danzig nach Riga die vermutliche Unfallstelle passierte, hat gleichfalls keine Spur mehr von der Schiffskatastrophe feststellen können.

Eberswalde, 9. Sept. In den späten Nachmittagsstunden wurde in der Viktoriastraße in Eberswalde die Witwe Ellebrand in ihrem Zigarrengeschäft ermordet aufgefunden. Alle Behältnisse der Wohnung waren durchwühlt. Der Täter hat anscheinend mehrere hundert Mark erbeutet. Von der Staatsanwaltschaft Breslau wurde um die Entsendung eines Berliner Kriminalbeamten ersucht.

Genf, 9. Sept. Die Völkerbundsversammlung hat mit 50 von 53 Stimmen Polen ein weiteres dreijähriges Mandat als nichtständiges Mitglied des Völkerbundsrates bestätigt. An Stelle Rumäniens wurde Südslawien mit 42 Stimmen, an Stelle Chiles Peru mit 36 Stimmen für drei Jahre in den Völkerbundsrat gewählt. Der Rat setzt sich jetzt folgendermaßen zusammen: Deutschland, England, Frankreich, Italien und Japan; zwei nichtständige, aber wieder wählbare Ratsmitglieder: Polen und Spanien; sieben nichtständige Ratsmitglieder: Persien, Finnland, Kanada, Südslawien und die drei lateinamerikanischen Staaten Peru, Kuba und Venezuela.

Rotterdam, 9. Sept. Der in Glasgow beheimatete Tankdampfer „Bisneler", der bei der Rotterdamsche Droogdok Maatschappij zur Vornahme von Reinigungsarbeiten festgemacht hatte, ist heute mittag plötzlich in Brand geraten. Während der Reinigungsarbeiten hatten sich die in der Nähe des Schiffes auf dem Wasser treibenden Oellachen aus unaufgeklärten Gründen entzündet und die Flammen griffen so rasch auf das Schiff selbst über, daß sowohl die Besatzung wie das mit der Reinigung betraute Werftpersonal den Weg zur Flucht verlegt fand und sich durch Schwimmen zu retten versuchen mußte. Anscheinend ist das nicht allen gelungen. Nach den bisherigen Feststellungen werden 8—10 Personen vermißt. Drei stark verkohlte Leichen wurden bereits geborgen.

Paris, 9. Sept. Wie der „Matin" aus Koblenz berichtet, werden die in Koblenz stehenden französischen Truppen noch im Laufe dieses Monats mit der Räumung beginnen. Das 151. Infanterieregiment wird Koblenz am 18. September verlassen und in Metz neue Garnison beziehen. Das 23. Infanterieregiment wird ihm folgen und teils in Hagenau, teils in Weißenburg stationiert werden. Das 39. Artillerieregiment soll im Laufe der nächsten Wochen aufgelöst werden. Die englischen Truppen, die am Bahnschutz im Saargebiet teilnehmen, werden nach diesem Blatt Saarbrücken am 30. September verlassen.

London, 9. Sept. Nach einem Funktelegramm der drahtlosen Station Northforeland an der Themsemündung meldete der amerikanische Dampfer Brush, er habe um 3.30 Uhr einen brennenden deutschen Tankdampfer passiert. Die Besatzung habe sich in einer Motorbootkuffe in der Nähe des brennenden Schiffes aufgehalten. Die angebotene Hilfeleistung sei abgelehnt worden. Der Name des Tankdampfers ist nicht bekannt.

Stockholm, 9. Sept. Am Sonntag abend ereignete sich in Dunsund in den Stockholmer Schären noch eine Schiffskatastrophe. Der schwedische Dampfer „Heimdall", der sich auf dem Wege nach Helsingfors befand, stieß in voller Fahrt auf Grund. Im Mittelschiff entstand ein riesiges Leck. Das Wasser strömte in den Maschinenraum ein und in zehn Minuten ging der Dampfer unter. 70 Menschen befanden sich an Bord, von denen die meisten bereits zu Bett gegangen waren. Trotz der panikartigen Aufregung konnten in den wenigen Minuten, die zur Verfügung standen, alle Fahrgäste und die Besatzung in den Rettungsbooten an Land gebracht werden. Ein großer Teil der Fahrgäste war in den Nachtkleidern. Alle mußten ihr Gepäck und zum Teil ihre Wertsachen zurücklassen. Die Lage verschlimmerte sich dadurch, daß sofort das elektrische Licht erlosch. Die „Heimdall" hatte 1300 Brutto-Tonnen und gehörte zu den modernsten Schiffen der schwedischen Reederei Svea.

Oslo, 9. Sept. Auf Ersuchen eines Osloer Bürgers, der eine der norwegischen Kommunistischen Partei geliehene Summe von 6000 Kronen nicht zurückerhalten konnte, ist ein Konkursverfahren gegen die Partei eingeleitet worden. Es wurde ein einstweiliger Verwalter für das Eigentum der Partei ernannt.

Helsingfors, 9. Sept. Nach den letzten Feststellungen sind bei der Schiffskatastrophe von Tummersfors 126 Personen ums Leben gekommen. Nur 26 Personen konnten gerettet werden.

Newyork, 9. Sept. Die Zeitschrift „Worlds Work" veröffentlicht einen Artikel des Commander Rosendahls, in dem ausgeführt wird, daß das neue in Akron in Bau begriffene Riesenluftschiff der Marine Vorrichtungen zur Anhängung von 7 Flugzeugen und ferner um 90 Grad drehbare Propeller erhalten werde.

Newyork, 9. Sept. Die Blätter geben ein Interview mit dem Agenten William B. Shearer wieder, in dem dieser erklärt, ihm sei von höheren Marineoffizieren Material für seine Tätigkeit in der Flottenbaupropaganda zur Verfügung gestellt worden. Er werde jedoch die Namen dieser Offiziere erst vor dem Ausschuß des Senats am Dienstag nennen. Er sei auf Betreiben des damaligen Staatssekretärs Kellogg von den Schiffsbaufirmen entlassen worden.

Washington, 9. Sept. In amtlichen Kreisen hat die Behauptung Shearers, daß vier amerikanische Admirale seine Tätigkeit als Propagandist für eine Verstärkung der Flotte unterstützt hätten, große Aufregung verursacht. Shearer behauptete weiter, er habe dazu beigetragen, die Dreierkonferenz für die Abrüstung zur See in Genf 1927 zu einem Mißerfolg zu führen, indem er das amtliche Material benutzte, das Offiziere des Nachrichtendienstes der Vereinigten Staaten ihm zukommen ließen. Senator Borah verlangte eine Untersuchung über diese Behauptungen und Präsident Hoover gab zu verstehen, daß eine noch eingehendere Untersuchung nötig wäre.

Benton Harbor (Michigan), 9. Sept. Hier erfolgte ein Zusammenstoß zwischen einem Autobus und einem Lastkraftwagen, wobei 5 Personen getötet und 15 verletzt wurden.

Grant (Neumexiko), 9. Sept. Die Ueberreste des Flugzeuges „City of San Franzisko" wurden spät nachts vom Mount Taylor hierher gebracht. Man nimmt an, daß alle Insassen des Flugzeuges einen schnellen Tod gestorben sind. Das Flugzeug ist mit so großer Gewalt gegen den Berg gestoßen, daß, obwohl während der Katastrophe ein heftiger Regen fiel, das Flugzeug in Brand geriet und die Insassen und sogar die umstehenden Bäume verbrannten.

Manila, 9. Sept. Die Zahl der Todesopfer, die der Taifun im südlichen Teil der Insel Luzon gefordert hat, beläuft sich auf über 200. Tausende von Personen sind obdachlos.

Die Spitzenverbände der württembergischen Wirtschaft zur Frage der Arbeitslosenversicherung.

Stuttgart, 9. Sept. Der Württ. Industrie- und Handelstag, der Württ. Handwerkskammertag, die Württ. Landwirtschaftskammer, die Vereinigung Württ. Arbeitgeberverbände E. V., der Verband Württ. Industrieller E. V., der Reichsverband des deutschen Groß- und Ueberseehandels E. V., Bezirksgruppe Württemberg, die Arbeitsgemeinschaft des Württ. Einzelhandels E. V. sowie die Verbände des Bank- und Versicherungsgewerbes haben heute dem Reichsrat, dem Reichstag und den zuständigen Behörden in Reich und Land nachstehende Entschließung in der Frage der Reform der Arbeitslosenversicherung übermittelt: Mit wachsender Beunruhigung verfolgt die württembergische Wirtschaft den schleppenden Gang über die bisherige Ergebnislosigkeit der Verhandlungen über die Reform der Arbeitslosenversicherung. Die Verfahrenheit der Lage wird durch den Warnungsruf des Präsidenten der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung grell beleuchtet. Mit Sorge erfüllt aber nicht nur die Verzögerung der Entscheidung, sondern hauptsächlich der Mangel einer sachlichen Behandlung des Problems unter dem allein möglichen wirtschaftlichen und finanziellen Gesichtswinkel. Der neueste Gang der Verhandlungen rückt die Gefahr einer rein von parteipolitischen Gesichtspunkten diktierten Entscheidung, die den Keim der Vernichtung gesunder sozialer Einrichtungen in sich tragen würde, in bedrohliche Nähe. In letzter Stunde richtet daher die württ. Wirtschaft an die gesetzgebenden Körperschaften die dringliche Bitte, bei ihren demnächst zu treffenden Entschließungen sich allein von sachlichen Gesichtspunkten leiten zu lassen, die dem Wohl des Volkes und der gesamten Wirtschaft Rechnung tragen, nicht aber lediglich Sonderzielen bestimmter Interessengruppen entsprechen. Das Problem der Arbeitslosenversicherung darf nicht durch einen politischen Kompromiß, der die Mißstände und die Mißbräuche der Arbeitslosenversicherung nicht grundsätzlich ausmerzt, sondern ihrer Beseitigung durch eine Beitragserhöhung ausweicht, eine nur dem Augenblick dienende Lösung finden, weil dadurch für die Wirtschaft gerade in ihrer heutigen unsicheren Lage neue schwere Gefahren heraufbeschworen und ein Ausgangspunkt zu erneuten Störungen des Reichshaushalts geschaffen würde, die eine gesunde Finanzpolitik unter allen Umständen vermeiden muß: Denn nur die Erleichterung der auf der Volkswirtschaft ruhenden, auf die Dauer anerkannt untragbaren Lasten vermag die Kapitalbildung zu stärken, die Produktion zu fördern und damit eine Verminderung der Arbeitslosigkeit herbeizuführen. Die württembergische Wirtschaft erwartet daher von den zuständigen Körperschaften, daß sie rechtzeitig die mit größter Beschleunigung wieder aufzunehmenden Verhandlungen zu einem Ende führen, das bei einem angemessenen Verhältnis von Unterstützungsleistung und Versicherungsbeitrag die Sanierung der Arbeitslosenversicherung ohne Beitragserhöhung verbürgt. Sollten die gesetzgebenden Körperschaften vor dem 1. Oktober d. J. nicht zu einer brauchbaren Lösung der Frage kommen, so muß gefordert werden, daß der für eine geordnete Finanzpolitik der Reichsanstalt verantwortliche Verwaltungsrat sofort entsprechende, in seiner Zuständigkeit liegende Beschlüsse nach §§ 39 und 110 des Gesetzes faßt, damit die Belastung der Reichsanstalt auf ein dem Beitragsaufkommen angepaßtes Maß herabgesetzt wird.

Tariferhöhung abgelehnt.

Berlin, 9. Sept. **Der Reichsverkehrsminister hat heute die seit langer Zeit von der Deutschen Reichsbahn beantragte Tariferhöhung mit der Begründung abgelehnt, daß die noch anhaltende Verkehrs- und Einnahmeentwicklung, die durch die Lohnerhöhung seinerzeit geschaffenen Mehrausgaben zu decken in der Lage wäre. Die Reichsbahn selbst hat, da die Entscheidung ihr eben erst zugegangen ist, noch keine Stellung genommen. Es wird ihr aber vermutlich nichts anderes übrig bleiben, als sich zu fügen, wenn sie sich nicht entschließt, das Schiedsgericht anzurufen. Der Beschluß des Reichsverkehrsministers ist zunächst zu begrüßen, da bei unserer schon im allgemeinen nicht sehr rosigen Wirtschafts- und Geschäftslage eine Tariferhöhung kaum zu tragen gewesen wäre.**

Stresemann über Völkerbundspolitik.

Genf, 9. Sept. Reichsaußenminister Dr. Stresemann hielt in der heutigen Vormittagssitzung der Vollversammlung des Völkerbunds seine mit Spannung erwartete Rede. Dr. Stresemann betonte zunächst, daß der Vertreter Deutschlands heute in besonders hohem Maße unter dem Eindruck der Haager Verhandlungen stehe. Was dort entschieden worden sei, das seien für das deutsche Volk Fragen, die sowohl die Grundlage seiner materiellen Existenz, als auch die Grundlagen seines Daseins als souveräner und unabhängiger Staat auf das stärkste berührten. Die Tatsache, daß höchste deutsche Lebensinteressen noch auf dem Spiel ständen, erkläre, daß auch zu dieser Stunde in der Oeffentlichkeit Deutschlands ein fertiges und uneinheitliches Urteil über die Ergebnisse dieser Verhandlungen nicht zum Ausdruck komme. Der Kardinalpunkt dieser Ergebnisse sei aber die im Haag nun endlich beschlossene Erfüllung des deutschen Verlangens, das deutsche Staatsgebiet von militärischer Besatzung zu befreien. In Deutschland sei vor seinem Eintritt in den Völkerbund vielfach verlangt worden, dieser Eintritt solle erst vollzogen werden, nachdem die großen offenen Fragen, die aus dem Weltkrieg in die Friedenszeit hinausragten, ihre Lösung gefunden hätten. Die deutsche Regierung habe in jener Zeit diese Frage mit voller Ueberzeugung verneint. Sie habe sich, sobald die Entwicklung der internationalen Beziehungen dies nur gestattete, zur aktiven Mitarbeit an den Aufgaben des Völkerbundes entschlossen. Sie habe diesen Entschluß nicht bereut. Dabei habe die deutsche Regierung die fortdauernde Besetzung des deutschen Landes jeden Augenblick auf das schmerzlichste empfunden. Kein Volk, das sich selbst achtet, hätte anders empfinden können. **Es könne aber auch heute nicht stillschweigend daran vorübergegangen werden, daß ein anderer Teil deutschen Landes noch unter nichtdeutscher Verwaltung stehe.** Ein Gebiet, dessen Wiedervereinigung mit dem Heimatland der einmütige Wunsch seiner Bevölkerung sei. Jedoch seien die ersten Schritte zur Beseitigung dieses Zustandes bereits getan worden. Auch der Völkerbund habe alles Interesse an der Verwirklichung dieses Gedankens. Wenn er auch die Initiative in dieser Beziehung nicht ergriffen habe, so begleite er doch die Verhandlungen der unmittelbar beteiligten Staaten mit seiner Sympathie. Es könne jedenfalls festgestellt werden, daß nicht nur Deutschland, sondern auch der Völkerbund sich dazu beglückwünschen können, wenn in der vorigen Woche die Zurückziehung der fremden Truppen aus Deutschland in bestimmter naher Frist eine beschlossene Sache geworden sei. Dr. Stresemann wies hier auf die Erklärung Macdonalds hin. **Eine politische Abmachung biete eine ebenso große Sicherheit wie Regimenter von Soldaten.** Falle die Barriere, die seit dem Ende des Krieges trennend zwischen Deutschland und seinem westlichen Nachbarn stehe, so werde der Weg frei, um die Zusammenarbeit zwischen Deutschland und den Ländern, die ihm einst als Kriegsgegner gegenüberstanden, so eng und fruchtbar zu gestalten, wie das gemeinsame Interesse aller Völker und das ureigenste Interesse des Völkerbunds dies erfordere. Dr. Stresemann ging sodann auf die gegenwärtig im Völkerbund zur Verhandlung stehenden Fragen über und betonte, daß die viel erörterten Vorschläge übereinstimmend darauf hinzielten, durch den Völkerbundspakt und durch spätere Beschlüsse das geschaffene rechtliche System der Friedenssicherungen noch weiter auszubauen. Er begrüßte es, daß die englische und französische Regierung sich bereit erklärt hätten, die Schiedsgerichtsklausel des internationalen Haager Gerichtshofes zu unterzeichnen, wie dies Deutschland bereits seit langem getan habe. Deutschland verfolge den fortschreitenden Ausbau der schiedsgerichtlichen Vereinbarungen mit uneingeschränktem Vertrauen. Weiter berührte Dr. Stresemann die verschiedenen Vorschläge der englischen Abordnung, die eine Klärung des Verhältnisses des Kellogg-Paktes zum Völkerbundspakt herbeiführen sollen. Es sei unbedingt notwendig, in dieser Frage jede Unklarheit und Ungewißheit zu beseitigen. Die eingegangenen feierlichen Verpflichtungen verlangten eine Formel, die jedem, nicht nur dem Sachverständigen des Völkerrechts, verständlich sei. Wenn man dazu schreiten wolle, das gegenwärtige System der Bestimmungen der Völkerbundssatzungen mit dem Grundgedanken des Kelloggpaktes in innere Harmonie zu bringen, so werde es nicht möglich sein, bei der Prüfung der Vorschläge für die einzelnen Artikel stehen zu bleiben. Es wäre notwendig, auch andere Bestimmungen des Völkerbundspaktes zu behandeln. Der französische Ministerpräsident Briand habe in seiner Rede, von der er wünschte, daß sie in ihrem Appell an die Jugend, Bestandteil der Erziehungsbücher der gesamten Jugend würde, von einer Lücke gesprochen. Die deutsche Regierung habe stets den Standpunkt vertreten, daß der Ausgangspunkt aller Bemühungen um die Friedenssicherungen der Ausbau der Methoden für die friedliche Vereinigung jeder Art von Streitigkeiten zwischen Staaten sein müsse.

Nun behandelte Dr. Stresemann **das Problem der allgemeinen Abrüstung** und hierbei auch die Frage etwaiger Sanktionsmaßnahmen. Mit größtem Interesse und Sympathie verfolge Deutschland den Gang der zwischen den großen Seemächten schwebenden Verhandlungen, über die in den letzten Tagen so verheißungsvolle Mitteilungen gemacht worden seien. Man müsse fordern, daß mit dem gleichen tatkräftigen Willen nun auch die Arbeiten an der Abrüstung zu Lande gefördert würden. Die deutschen Vertreter seien gezwungen gewesen, von den Beschlüssen des vorbereitenden Abrüstungsausschusses ausdrücklich abzurücken, um Deutschland nicht mitverantwortlich zu machen an einem Verfahren, das der deutschen Auffassung nach mit den Bestimmungen des Völkerbundspaktes nicht in Einklang zu bringen sei. Es sei zu hoffen, daß man aus diesem Stand der Genfer Abrüstungsarbeiten jetzt durch die Verhandlungen der großen Seemächte schnell herausgeführt werde. Dr. Stresemann führte dann weiter aus, daß die Liquidation der aus dem Weltkrieg herrührenden Fragen Rückwirkungen auf die Aufgaben des Völkerbundes haben müsse, und nicht wieder den Eindruck hervorrufen dürfe, als ob die Methode direkter Einzelverhandlungen zwischen den Regierungen immer noch die allein Erfolg versprechende Methode sei und als ob der große Gedanke solidarischer Zusammenarbeit im Völkerbund zur Unfruchtbarkeit verurteilt werde.

Dr. Stresemann wandte sich sodann der großen **Frage des Schutzes der Minderheiten** zu, in der er bedeutungsvolle Ausführungen machte. Er wies darauf hin, daß bereits in der vorhergehenden Bundesversammlung von verschiedenen Seiten Anregungen für eine Neuregelung dieser Frage gegeben worden waren. Dr. Stresemann betonte, man müsse an Hand der bisherigen Erfahrungen sich darüber klar werden, ob die früheren Beschlüsse und bisherigen Methoden berücksichtigt oder ergänzt werden müßten. Es wäre ihm nicht darauf angekommen, das Schicksal und die Verhältnisse einzelner Minderheiten zur Erörterung zu stellen. Vielmehr liege ihm daran, die geltenden Verträge und die vom Völkerbund übernommenen Garantien und die sich daraus ergebenden Rechte und Pflichten in ihrer Gesamtheit und ihrem grundsätzlichen Charakter einer ernsten Prüfung zuzuführen. Dr. Stresemann stellte mit Genugtuung fest, daß im Sinne der deutschen und kanadischen Anträge eine Verbesserung des bisherigen Zustandes in der Behandlung der Minderheitenbeschwerde eingetreten sei. Dies rechtfertige die Hoffnung, daß ihre Durchführung die Garantie des Völkerbundes wirksam gestalten und dadurch im Kreise der Minderheiten selbst neues Vertrauen erwecken werde. Es seien allerdings nicht alle Anregungen erfüllt worden, die die deutsche Regierung in ihrer Denkschrift mitgeteilt habe. Die deutsche Regierung habe vor allem eine Klärung der grundsätzlichen Fragen gefordert, wie der Sinn und die Tragweite der Garantiepflicht des Völkerbunds zu verstehen seien und in welcher Weise die berufenen Instanzen des Völkerbundes dieser Garantiepflicht auch außerhalb des Gebietes der Beschwerde der Minderheiten zu genügen habe. Dr. Stresemann erklärte hier wörtlich: **„Ich bin in der Tat überzeugt, daß der Völkerbund sich in der Ausübung seiner Garantiepflicht nicht auf die Erledigung einzelner an ihn herantretender Beschwerden beschränken darf, sondern daß er nach dem geltenden Minderheitenrecht darauf Bedacht zu nehmen hat, sich fortlaufend Gewißheit darüber zu verschaffen, wie sich das Schicksal der Minderheiten unter den in Kraft befindlichen Verträgen gestaltet." Dr. Stresemann wies gleichwohl darauf hin, daß er zunächst die Weiterentwicklung der Lage und die Auswirkung der neuen Verbesserungen abwarten wolle. Die Zukunft werde lehren, ob die neuen Verbesserungen die notwendige Garantie geschaffen hätten. Dr. Stresemann schloß seine Ausführungen mit einer allgemeinen Bemerkung: „Ich vermag in der Stellungnahme zu den Minderheitenproblemen keinen Unterschied zwischen den interessierten und den nichtinteressierten Staaten anzuerkennen. Es handelt sich um ein Problem, das gerade nach dem Grundprinzip des nach dem Krieg geschaffenen neuen Regimes den Völkerbund in seiner Gesamtheit angeht. Der Friede unter den Völkern wird umso besser gesichert sein, je mehr das unverzichtbare Menschenrecht auf Muttersprache, Kultur und Religion unbeschadet der staatlichen Grenzen geachtet und gewünscht wird."** Er hoffe, daß der Völkerbund in nächster Zeit für die Behandlung der Minderheitenfrage ein besonderes Organ schaffen werde, wie dies für die Wirtschafts- und Mandatsfragen bereits geschehen sei. Der Völkerbund müsse sich jedenfalls unter allen Umständen dauernd mit den Minderheitenfragen befassen. Unter allgemeiner Aufmerksamkeit erklärte Dr. Stresemann, er nehme es als selbstverständlich an, daß alljährlich die 6. Kommission sich mit dem Bericht des Völkerbundes über diese Frage und mit der Lösung der ihm

---

Berlin—Sevilla in 15 Stunden. Das Verkehrsflugzeug der Deutschen Lufthansa, Typ „Arado V I" ist Sonntag abend gegen 7 Uhr wieder in Berlin gelandet, nachdem es am Samstag in knapp 15 Stunden von Berlin nach Sevilla mit der Zwischenlandung in Marseille geflogen war. In dem Rückflug am Sonntag hat es ungefähr die gleiche Zeit gebraucht. Die Aufnahme in Spanien durch die Behörden und Luftfahrorganisationen ist sehr herzlich gewesen. Die Flugversuche sollen fortgesetzt werden und dürften die Grundlage für einen späteren regelmäßigen Post- und Frachtdienst zwischen Deutschland und Spanien, wie darüber hinaus nach Südamerika bilden.

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw

gestellten Aufgabe beschäftigte und so die Fortschritte auf diesem Gebiet verfolgen werde. Er wolle davon absehen, in diesem Jahre die Behandlung der Frage in der 6. Kommission anzuregen und behalte sich dies für die kommenden Jahre vor. Dr. Stresemann schloß seine Ausführungen zur Minderheitenfrage mit der Feststellung, das große Vorrecht der Mehrheit müsse sich in der Weise zeigen, dafür zu sorgen, daß die Minderheiten sich in den Grenzen des Staates wohl fühlten und auf die Zugehörigkeit zu ihrem Staate stolz seien.

Stresemann ging hierauf auf die Paneuropapläne Briands ein. Hierzu erklärte er: „In der Neugestaltung der Staatsverhältnisse in Europa sieht man ein Problem, mit dem der Völkerbund unmittelbar nichts zu tun hat. Der Völkerbund ist eine universelle Institution und nicht diejenige eines einzelnen Erdteiles. Es ist dies eine Frage, die im unmittelbaren Zusammenhang mit dem Gedanken der Weltwirtschaft steht. Es gibt sehr viele, die einen solchen Gedanken von vornherein abgelehnt haben. Es sind dies jene Pessimisten, die diesen Gedanken als unfruchtbare Utopie ablehnen. Sie sprechen von einer Romantik, die mit diesem Gedanken verbunden sei, von einer Unmöglichkeit, ihn aus der Theorie irgendwie in die Wirklichkeit zu übermehnten. Weshalb sollte der Gedanke, das was die europäischen Staaten einigen kann, von vornherein unmöglich sein? Wenn diese Gedanken als undiskutierbar abgewiesen und zurückgewiesen werden, so möchte ich doch bitten, daß wir uns klar darüber werden, welche Ziele mit dieser Errichtung verfolgt werden. **Politische Gedanken, namentlich in irgendeiner Tendenz gegen andere Erdteile, lehne ich mit aller Entschiedenheit ab.** Wohl aber scheint mir vieles durchführbar zu sein, das heute der Erfüllung harrt."

Starker Eindruck der Rede.

Genf, 9. Sept. Die heutige Völkerbundsvollversammlung zeigte von vornherein das Bild eines großen Tages. Die Tribünen waren bis auf den letzten Platz besetzt. Ebenso waren alle Delegationen vollzählig erschienen. Bevor Dr. Stresemann anfing, zu sprechen, wurde er von vielen Delegationsführern auf das herzlichste begrüßt. Seine Rede wurde häufig durch lebhaften und anhaltenden Beifall unterbrochen, der sich besonders in dem Teil, in dem Dr. Stresemann über die wirtschaftlichen Vereinigten Staaten von Europa sprach, verstärkte. Die Rede Dr. Stresemanns wurde durch Lautsprecher vor dem Reformationssaal auf die Straße übertragen, wo sich eine große Menschenmenge angesammelt hatte. Die Menge brach besonders während der französischen Uebersetzung der Rede häufig in starken und herzlichen Beifall aus. Die Rede Dr. Stresemanns wurde von den Delegierten mit größter Sympathie aufgenommen. Von allen Seiten wurde der Außenminister aufs herzlichste beglückwünscht.

Deutsches und englisches Echo zur Genfer Rede Stresemanns.

Das „Berliner Tageblatt" nennt die Rede Dr. Stresemanns in der Völkerbundsversammlung ein klares positives Programm, ein entschlossenes Bekenntnis zum Fortschrittsglauben, ohne den kein Fortschritt erzielt werden könne. „Es war eine Rede, die grundsätzlich und sachlich die Völkerbundsarbeit auf den richtigen Weg brachte". Die „Germania" erklärt: Die Ausführungen Dr. Stresemanns liegen in der Abrüstungsfrage erheblich hinter den viel stärkeren Formulierungen Macdonalds zurück. Wir hätten eine deutlichere deutsche Kritik an den Verschleierungsversuchen und Sicherheitsphrasen Briands, die bekanntlich den Beifall der französischen Rechten gefunden haben, aufrichtig gewünscht. Auch in der Minderheitenfrage hat der deutsche Außenminister sich offensichtlich durch den Wunsch, keine Störung der Atmosphäre zu verursachen, stark zurückhalten lassen. Zum Schluß begrüßt es das Blatt, daß Dr. Stresemann ausdrücklich betont hat, daß eine Abwehraktion wie ein Zollkordon um ganz Europa, der seine Spitze allzudeutlich gegen Amerika bezw. gegen England richte, nicht geplant werden dürfe. Die „Deutsche Allgem. Zeitung" erblickt in der Rede mehrfach politische Feststellungen, die der allgemeinen Ansicht in Deutschland ohne Unterschied der Partei entsprächen. Die Rede sei klug insofern, als sie das Haager Ergebnis mit bedeutend größerer Reserve würdige. Zunächst erkennt das Blatt an, daß der deutsche Außenminister die Notwendigkeit der Rückgabe des Saargebiets betont und hinzugefügt hat, daß das der einmütige Wunsch der Bevölkerung sei. Weiter verzeichnet die „D. A. Z." die Ausführungen Dr. Stresemanns über das Minderheitenproblem mit Genugtuung, dessen Behandlung Deutschland natürlich nicht im Hinblick auf bestimmte Einzelfragen betreibt. Größere Skepsis lösen hingegen bei dem Blatt Dr. Stresemanns Ausführungen über das wirtschaftliche Paneuropa aus. Ein europäischer Staatenbund, so betont das Blatt, der seine Signatur durch die Oberherrschaft einer einzelnen Macht erhielte, kann für Deutschland nicht in Frage kommen. Erst muß die Gleichberechtigung zwischen den europäischen Staaten wiederhergestellt und eine friedliche Revision der einseitigen Diktate durchgeführt sein, ehe, eben in voller Gleichberechtigung, über nähere Zusammenschlüsse gesprochen werden kann. In der „Deutschen Tageszeitung" heißt es: Mit vielen Teilen der Ausführungen des deutschen Außenministers, die durch gute Formulierung, Entschiedenheit und Offenheit nach der angenehmen Seite hin enttäuschten, kann sich auch der Kritiker der Stresemannschen Gesamtpolitik durchaus einverstanden erklären. Auch dieses Blatt drückt seine Freude darüber aus, daß Dr. Stresemann das Ergebnis der Haager Konferenz nüchterner beurteilte, als es in Deutschland in Regierungskreisen Mode geworden sei. Die Entschiedenheit, mit der er auch die Befreiung des Saargebiets von fremder Besatzung forderte, war gerade dem Völkerbund gegenüber, der bekanntlich zur Treuhänder ist, angebracht und nützlich. Bezeichnenderweise aber blieb bei dieser Stelle jeder Beifall aus. Es war richtig, daß der deutsche Außenminister keinen Zweifel daran ließ, daß er die von Briand wieder vom Völkerbund verlangte Sanktionspolitik nicht billige, vielmehr im Einverständnis mit den Engländern die allgemeine Abrüstung für das wichtigste Sicherheitselement halte. Auch die Ausführungen Dr. Stresemanns über den Ausbau des Artikels 19, besonders seine Bemerkung, es gelte die Ursachen des Krieges zu beseitigen, nicht aber den Krieg gegen den Krieg zu organisieren, wird von dem Blatt eine durchaus richtige Erkenntnis genannt, der leider die bisherige Praxis der deutschen Politik in keiner Weise entsprochen habe. Bezüglich Paneuropas erklärt das Blatt, daß nach seiner Ansicht es unbedingt notwendig gewesen wäre, zunächst einmal das politische in den Vordergrund zu schieben und völlig klarzustellen, daß jede europäische Zusammenarbeit die unbedingte Gleichberechtigung der europäischen Völker auf allen Gebieten zur Voraussetzung habe.

London, 9. Sept. Die Rede des Reichsaußenministers Dr. Stresemann wird von der Abendpresse an hervorragender Stelle veröffentlicht. „Star" bringt als Ueberschrift in Fettdruck: „Deutschland fordert den Weltfrieden", „Evening Standard" überschreibt die Rede: „Deutscher Außenminister Feuer und Flamme für die Vereinigten Staaten von Europa". Alle Blätter erwähnen den „dramatischen Zwischenfall", als Briand unter dem stürmischen Beifall der Zuhörer die Hand des Reichsaußenministers herzlich schüttelte.

Zwangs-Versteigerung.

Am **Mittwoch den 11. September 1929**, vormittags 10 Uhr, kommen in **Neuenbürg** öffentlich gegen Barzahlung zum Verkauf:

Ein Backofen, vier Polsterstühle.

Zusammenkunft am Rathaus in Neuenbürg.

Hildenbrand, Gerichtsvollzieher.

Württ. Landesverein vom Roten Kreuz.

Der Bezirksverein Neuenbürg veranstaltet in den Monaten Oktober bis Dezember ds. Js. bei genügender Beteiligung wieder einen

Helferinnenkurs im Bezirkskrankenhaus.

Der Kurs besteht aus

1. einem theoretischen Unterricht von mindestens 20 Doppelstunden und
2. aus einer 12wöchigen praktischen Ausbildung im Bezirkskrankenhaus.

Frauen und Mädchen des Bezirks, die sich für den Krankenpflegekurs interessieren, werden gebeten, sich bei der Vorsitzenden der Helferinnenabteilung, Frau Oberamtspfleger Kübler hier, bis spätestens **20. September ds. Js.** schriftlich anzumelden. Die Gebühr für den ganzen Kurs beträgt 20 RM.

Neuenbürg, den 9. September 1929.

Der Bezirksvertreter: Landrat Lempp.

Neue Höhere Handelsschule Calw

im württembergischen Schwarzwald / Gegründet 1906

Bekannte Privatschule mit Schüler- u. Töchterheim

Handelskurse für alle Altersstufen / Uebungskontor

6klassige **Realschule** mit Vorbereitung für die mittleren Reife

Aufnahme von 10. Jahr an / **Ausländerkurse**

Semesterbeginn 15. Oktober / Prospekte durch Direktor Zügel

Neuenbürg, den 9. Sept. 1929.

Todes-Anzeige.

Verwandten, Freunden und Bekannten die schmerzliche Nachricht, daß unsere liebe

Helene

heute morgen um 3 Uhr nach langem, mit großer Geduld ertragenen Leiden im Alter von 22½ Jahren heimgehen durfte.

Im Namen der trauernden Hinterbliebenen:

Die Mutter: **Therese Gottschalk.**

Beerdigung: Mittwoch nachmittag 4 Uhr.

Arnbach, 9. September 1929.

Todes-Anzeige.

In tiefem Schmerz machen wir Verwandten, Freunden und Bekannten die traurige Mitteilung, daß meine liebe Frau, unsere gute Mutter, Schwiegermutter, Großmutter, Schwester, Schwägerin und Tante

Friederike Buchter, geb. Bleiholder,

am Sonntag abend 8 Uhr nach kurzer Krankheit sanft in dem Herrn entschlafen ist.

In tiefer Trauer:

Der Gatte: **Ernst Buchter II.**

Der Schwiegersohn: **Friedrich Weiß**

mit Frau **Elise**, geb. Buchter,

sowie **zwei Enkelkinder.**

Beerdigung Mittwoch nachmittag 3 Uhr.

Gemeinde Birkenfeld.

Auf die am Rathaus angeschlagene Bekanntmachung des Bürgermeisteramtes Dietlingen, betreffend

Weinbergverbot,

wird hiemit besonders aufmerksam gemacht.

Birkenfeld, den 9. September 1929.

Schultheißenamt: A.B. Bürkle.

Erstklassige Existenz

bei einem monatlichen Einkommen von 600.— **Rmk. und mehr** bieten wir tüchtigem Landreisenden. Es handelt sich um Dauerposten. Bewerbungen unter V. Z. 1987 an Postschließfach 330, Braunschweig.

Feldbereinigung II Birkenfeld.

Die Vermessungsarbeiten zwischen der Kreuzstraße und der Albtalbahn haben heute begonnen. Die geschlagenen Pflöcke dürfen nicht entfernt und müssen möglichst geschont werden.

Außerdem ist der an der Kreuzstraße beginnende **Feldweg von der Strecke im Gewand Reutäcker bis zum Totenweg** auf die Dauer von etwa 14 Tagen wegen der Wegbauarbeiten **gesperrt.**

Birkenfeld, den 9. September 1929.

Schultheißenamt. **Die Vollzugskommission.**

Damen-Hüte

in Filz

2.90 3.90 5.90

in Seide

2.50 3.50 4.50

nur bei

Fertig, Pforzheim

Leopoldstraße 7a

neben »Ehape«.

Suche für meinen Sohn eine

Lehrstelle

für sofort in **Bäckerei** oder **Konditorei.**

Zu erfragen in der Enztäler-Geschäftsstelle.

Neuenbürg.

Union-Brikett

eingetroffen.

Bestellungen nimmt zur sofortigen Anlieferung entgegen

G. Bacher,

Telefon 99.

Schömberg.

Verkaufe eine

Kuh

mit dem 2. Kalb.

Michael Rentschler,

Haus Nr. 56.

Stempel-Kissen

und

Stempel-Farbe

stets vorrätig in der

C. Meeh'schen Buchhdlg.

Inh.: D. Strom.

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw